



CLAUDIA KEMFERT

Die Hitzewelle zeigt: Höchste Zeit für einen konsequenten Klimaschutz!

Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Deutschland leidet seit einigen Wochen unter einer extremen Hitzewelle. Sicher, eine solche gibt es nicht zum ersten Mal, doch extreme Wetterereignisse treten immer häufiger und intensiver auf. Der von Menschen verursachte Klimawandel spielt dabei eine Rolle, der Planet heizt sich auf. Zum ersten Mal seit langer Zeit berichten Medien wieder über die Entstehung und Auswirkungen des Klimawandels und die Notwendigkeit des Klimaschutzes.

Extreme Wetterereignisse führen zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden, die ungleich höher sind als die Kosten eines effektiven Klimaschutzes. Die bisher betriebene Klimapolitik war jedoch weltweit wenig erfolgreich – seit der Unterzeichnung des ersten Klimaabkommens vor über 20 Jahren sind die Treibhausgasemissionen global um rund 60 Prozent gestiegen. Es ist höchste Zeit, endlich gegenzusteuern!

Bis zur Mitte des Jahrhunderts müssen die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent sinken, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Das gelingt nur, wenn die Wirtschaft nahezu vollständig dekarbonisiert wird. Strom aus Sonne und Wind wird immer preiswerter, die Investitionen steigen. Doch die fossile Lobby bäumt sich auf und setzt alle Hebel in Bewegung, um diese Entwicklung zu stoppen. Staatenlenker lassen sich instrumentalisieren und fördern ganz unverhohlen die fossile Industrie. Der beste Weg, sich aus derartigen Energiekriegen rauszuhalten, ist, effektiven Klimaschutz zu betreiben und den Umstieg auf erneuerbare Energien konsequent zu vollenden.

Der Einsatz erneuerbarer Energien bringt viele Vorteile. Durch Innovationen und mehr Energieeffizienz entstehen Kosten- und Wettbewerbsvorteile, zukunftsweisende Investitionen schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Vor knapp 20 Jahren legte Deutschland in Sachen Energiewende einen ganz guten Start hin. Leider sind wir in den vergangenen Jahren vom einstigen Vorreiter zum Nachzügler geworden. Deutschland verfehlt das eigene Klimaziel, die Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken, genauso wie die in Europa vereinbarten

Ausbauziele erneuerbarer Energien. Statt den Kohleausstieg voranzubringen, werden alte und dreckige Kraftwerke künstlich am Netz gehalten. Es werden Gespensterdebatten um angeblich fehlende Stromleitungen und Speichermöglichkeiten geschürt, mit dem Ziel, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu drosseln.

Hinzu kommt: Trotz des Dieselskandals gibt es keine konsequente Verkehrswende, die auf die Einführung einer blauen Plakette, die Anhebung der Dieselsteuer, die Einführung von Elektrofahrzeugquoten samt Ausbau der Ladeinfrastruktur und Förderung des Schienenverkehrs setzt. Mit der Anhebung der Dieselsteuer auf das Niveau der Benzinsteuer könnten zusätzliche Steuereinnahmen von bis zu neun Milliarden Euro generiert werden, die man in den Ausbau der Ladeinfrastruktur und in die Förderung des Schienenverkehrs stecken könnte. Die Energiesteuern müssen insgesamt reformiert werden. Strom ist zu hoch, fossile Energien – allen voran Diesel – sind viel zu niedrig besteuert. Eine konsequent auf Klimaschutz ausgerichtete Steuerreform sollte vor allem die Nutzung von Heizöl, Diesel und Benzin deutlich unwirtschaftlicher machen. Die Steuereinnahmen stünden dann für die energetische Gebäudesanierung und den Umbau des Verkehrssystems zur Verfügung, sodass die umweltbewussten Heizungs- und Autofahrerinnen und -fahrer finanziell bevorteilt würden.

Statt die erneuerbaren Energien weiter klein zu halten, sollten Anreize für den Zubau lastnaher und dezentraler Produktionskapazitäten geschaffen werden, samt optimiertem Lastmanagement und dezentraler Smart Grids und Speicher. Der Kohleausstieg muss heute eingeleitet werden und bis 2030 abgeschlossen sein. Energiesparmaßnahmen im Gebäudebereich sollten forciert und die Verkehrswende auf den Weg gebracht werden. Nur dann haben unser Klima und Deutschland als Wirtschaftsstandort eine nachhaltige Chance. Es ist höchste Zeit!

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 8. August 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström,
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter